

**St. Peters Bote,**  
 die älteste deutsche katholische Zeitung  
 Kanadas, erscheint jeden Donnerstag in  
 Münster, Sask., und kostet bei Voraus-  
 zahlung:  
 In Canada, per Jahrgang \$2.00  
 In Per. Staaten u. Ausland, \$2.50  
 Einzelne Nummern 10 Cents.  
 Anzeigen werden berechnet zu  
 1.00 Dollar pro Zoll einseitig für die  
 erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für  
 nachfolgende Einrückungen.  
 Totalanzeigen werden zu 20 Cents pro  
 Zeile wöchentlich berechnet.  
 Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00  
 pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$20.00  
 pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei  
 großen Aufträgen gewährt.  
 Jede nach Ansicht der Herausgeber  
 für eine unrichtige katholische Familien-  
 zsetzung unpassende Anzeige wird unbeding-  
 t zurückgewiesen.  
 Man adressiere alle Briefe u.s.w. an  
**ST. PETERS BOTE,**  
 Münster, Sask., Canada.

# St. Peters Bote.

**Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.**

Die erste deutsche katholische Zeitung Kanadas, wird mit Empfehlung des hochw. Sten + Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Sten + Erzbischofs Lanegan von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Mönchen zu Münster, Sask., Canada.

18 Jahrgang, No. 7. Münster, Sask., Donnerstag den 31. März 1921. Fortlaufende No. 591.

**St. Peters Bote,**  
 the oldest Catholic newspaper in  
 Saskatchewan, is published every  
 Thursday at Münster, Sask. It is  
 an excellent advertising medium.  
 SUBSCRIPTION:  
 \$2.00 per year, payable in advance,  
 \$2.50 to the United States and abroad.  
 Single numbers 10 cents.  
 ADVERTISING RATES:  
 Transient advertising \$1.00 per inch  
 for first insertion, 50 cents per inch  
 for subsequent insertions. Reading  
 Notices 20 cents per count issue.  
 Display advertising \$2.00 per inch for  
 4 insertions, \$20.00 per inch for  
 one year. Discount given on large  
 contracts. Legal Notices 12 cts. per  
 square line 1st insertion, 8 cts. later.  
 No advertisement admitted at any  
 price, which the publishers consider  
 unsuited to a Catholic family paper.  
 Address all communications to  
**ST. PETERS BOTE,**  
 Münster, Sask., Canada.

25c  
60c  
\$1.25  
\$1.75  
85c  
\$1.25  
\$1.50  
\$1.75  
\$1.50  
\$2.25  
\$2.25  
\$1.25  
\$1.25  
\$2.00  
\$2.25  
\$1.00  
\$1.40  
\$1.30  
\$1.10  
\$1.50  
\$1.00  
\$1.50

### Vom Ausland

**Berlin.** Die in hier eingetroffenen ausländischen Depeschen enthalten wiederholte Anregung, daß die Ver. Staaten in den Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und der Entente über die Höhe der Gutmachung, die Deutschland ohne Zerrüttung seines wirtschaftlichen und industriellen Lebens zahlen könnte, der Schiedsrichter sein sollten, wird hier in deutschen amtlichen Kreisen günstig aufgenommen. Jedoch zaudert man, dieser Anregung offen beizustimmen, denn ein solcher Schritt würde, wie erklärt wird, der Entente wahrscheinlich anstößig sein. Von der Entente ist der deutschen Regierung noch keine Mitteilung zugegangen, in welcher Weise sie die Zölle einzutreiben plant. Auch ist noch keine Anregung für weitere Konferenzen über das Gutmachungsproblem erfolgt. Angesehene Deutsche äußern die Meinung, daß ein Schiedspruch durch uneigennützig Richter wahrscheinlich der einzige Weg sei, der zu einem befriedigenden Ausgleich der Gutmachungsfrage führen könnte. Nach Urteil deutscher Führer ist die Frage nicht länger eine politische. Sie erklären, jetzt sei es eine Frage von Tatsachen und Zahlen, welche ein unparteiischer Schiedsrichter mit größerer Gerechtigkeit entscheiden könnte, als Politiker, die vom Geist der Rache angeleitet seien.

**Düsseldorf.** Die Alliierten haben alle Stationen an der Bahn, die von Duisburg nach Essen führt, bis 24 Meilen vor Essen besetzt. Französische Truppen bewachen den Zentralbahnhof in Werdau und den Bahnhof in Wülfrath.

**Paris.** Nach Bestätigung der Berichte, daß Japan den Ueberredungskünsten Englands nachgab und sich entschloß, den Handelsverkehr mit Rußland unverzüglich wieder aufzunehmen, sprechen hier einige Diplomaten bereits die Befürchtung aus, daß England eine neue Allianz suche die anstelle der Entente treten solle, und eine Handelsvereinigung zu schaffen suche, die den Zweck habe, amerikanische Finanzleute aus Asien auszuschließen. Frankreich fürchtet, daß England bald Deutschland gegenüber dieselbe Entgegengesetzungen zeigen möge wie jetzt Rußland, wodurch Frankreich als Gegner Deutschlands alleinstehen würde, wenn es Vriani, der sich auf der Fahrt nach den Vereinigten Staaten befindet, nicht gelingt, die amerikanische Regierung zu überreden, die Lücke zu füllen. Jetzt, da das Handelsabkommen mit Rußland abgeschlossen worden ist, braucht England keine Zugeständnisse mehr an Frankreich zu machen, um eine feste Front gegen Amerika zu schaffen. Darum wird Premierminister Lloyd George sich gegen ein weiteres Vordringen in Deutschland erklären, und als Grund angeben, daß Deutschland die 20 Milliarden Mark Gold nicht vor dem 1. Mai zu bezahlen brauche. Frankreich sieht sich dann in der Lage, entweder ganz allein gegen Deutschland vorzugehen, oder die Hoffnung aufzugeben, je die Entscheidung von Deutschland zu erhalten. Es wird nun wahrscheinlich durch Vriani die amerikanische Regierung bestürmen, ihm zuhelfe zu kommen.

**Rom.** Die Handlungsweise der Alliierten in der Londoner Entscheidungssitzung wurde in der italienischen Deputiertenkammer in einer Debatte scharf kritisiert, die einer Ansprache des Auslandsministers Graf Storza folgte, der Italien in der Konferenz vertreten hatte. Viele Deputierte erklärten, daß die Entente nicht auf Versöhnung, sondern auf Aufreizung hinarbeite. Die sozialistischen Deputierten verurteilten hauptsächlich die Politik Frankreichs, das darauf bedacht sei, deutsches Gebiet dauernd an sich zu reißen. Italien, das ein Gegner der Herrschgelüste Deutschlands gewesen sei, müsse die Herrschgelüste Frankreichs in politischen Angelegenheiten und diejenigen Englands in wirtschaftlichen und Finanzangelegenheiten bekämpfen.

Die italienische Regierung beschloß am 22. März die Kofjer des neuen hier befindlichen Vertreters der Sowjet-Regierung, Borowski, trotzdem dieser sich darauf berief, daß er ein Diplomat sei und sein Gepäck keiner Untersuchung unterworfen werden dürfe. Man fand bei ihm Edelsteine und andere Wertgegenstände, von denen man glaubt, daß sie das Eigentum der Zarenfamilie waren. Ein goldener, mit 83 Perlen und Edelsteinen besetzter Halskragen und eine mit Diamanten besetzte Tiara wurden gefunden, die offenbar Eigentum der russischen Kaiserin waren. Ferner kamen zum Vorschein ein silbernes Tafelgeschirr, eine Münzensammlung, die vermutlich dem Zaren gehört hatte, fünf kostbare persische Wandteppiche, Gold, Platinum und kostbare Pelze. Die Zollbeamten hatten vermutet, daß sie in dem Gepäck allerhand Zaren-Reliquien finden würden, aber auf einen solchen Fund waren sie nicht gefaßt. Borowski, der an der Spitze der russischen Handelsmission steht, erklärte zuerst, seine Beziehungen mit Italien abbrechen zu wollen, nahm aber später seine Drohung zurück.

**London.** Der deutsche Auslandsminister Dr. Simons gibt die amtlichen Ergebnisse des Plebiszits in einer Depesche nach London wie folgt an: Deutschland 713,700, Polen 460,000 im ganzen Plebiszit Gebiet, oder annähernd 61 Prozent zu Gunsten der Beibehaltung als deutsches Gebiet und gegen 39 Prozent für Angliederung an Polen. Alle Städte, sagt Simons, zeigen ein überwältigendes deutsches Votum. Polnische Wehrheute gab es nur auf dem Lande, besonders in jenen Gegenden, in welche trotz des dringenden Wunsches der deutschen Regierung keine Truppen zum Schutze der deutschen Bevölkerung, die schwer durch den polnischen Schrecken litt, geschickt worden waren.

**Paris.** Die Gutmachungskommission erhielt am 22. März von Deutschland eine Note, worin die deutsche Regierung mitteilt, daß sie dem Verlangen der Alliierten, am 23. März eine Milliarde Mark Gold zu zahlen, nicht nachkommen könne. Es wird der Vorschlag gemacht, einer Konferenz von Sachverständigen die Angelegenheit zu überweisen. Die Gutmachungskommission hatte am 16. März der deutschen Regierung die Besung erteilt, am 23. März eine Milliarde Mark Gold zu bezahlen, und den Rest von 20 Milliarden Mark Gold bis zum 1. Mai, gemäß Artikel 235

**Zum feste des hl. Benedikt**  
 (Gefeiert dieses Jahr am 5. April)

Sreudengesänge laßt, Brüder, erschallen!  
 Jubel erfülle die festlichen Hallen:  
 Wonnevoll schwebte Sankt Benedikt heute  
 Jubelnd zum Himmel.

Freudig verläßt er als blühender Knabe  
 Eltern und Freunde, Genüsse und Habe,  
 Gflicht und weicht sich in einsamer Höhle  
 Still dem Gebete.

In die Gebüsch voll Dornen und Nesseln  
 Wirft er sich nackend und bricht so die Fesseln  
 Sinnlicher Lust, und setzt so sich ein Denkmal  
 Heiligen Lebens.

Mutig zerstört er die Götzen der Heiden,  
 fällt dann die Venus-geheiligten Haine,  
 Baudet dem Täufer auf heiligem Berge  
 Eine Kapelle.

Und nun genießt er die ewige Wonne,  
 Engelumgeben am göttlichen Throne;  
 Blicket voll Huld auf die Seifigen nieder,  
 Segen zu spenden.

Ehre dem Vater sei, Ehre dem Sohne  
 Und Dir, o Geist auf dem göttlichen Throne,  
 Ehre sei Dir, dem dreieinigen Schöpfer,  
 Immer und ewig! — Amen.

des Friedensvertrages. Deutschland vertritt den Standpunkt, daß es diese Zahlung bereits gemacht habe, aber die Alliierten behaupten, daß die Abgaben Deutschlands höchstens 8 Milliarden Mark betragen.

**Berlin.** Die von der deutschen Regierung an die Alliierten gesandte Note enthält folgende Angaben:

1. Deutschland hat die 20 Milliarden Mark Gold, die nach dem Versailler Vertrag bis 21. Mai 1921 bezahlt sein müssen, bereits voll bezahlt.
2. Deutschland verlangt, daß eine aus Vertretern beider Parteien zusammengesetzte Kommission ernannt werde, deren Aufgabe es sein soll, den Wert der deutschen Abgaben in Schiffe, Chemikalien, Farbstoffen und anderen Waren festzustellen, wenn die Alliierten die seitens der Deutschen gemachte Wertabschätzung nicht anerkennen.
3. Sollte es sich herausstellen, daß der Wert der von Deutschland ausgelieferten Waren der Summe von 20 Milliarden Mark Gold nicht gleichkommt, ist Deutschland willens, für den Unterschied — wie im Friedensvertrag vorgesehen — in Gold einzuliefernde Bonds auszustellen.
4. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß der Vertrag von Versailles ausdrücklich sagt, daß die Alliierten in ihren Forderungen auf Deutschlands Zahlungsfähigkeit Rücksicht nehmen sollen, und macht darauf aufmerksam, daß die Alliierten sich über Deutschlands Zahlungsfähigkeit noch nicht unterrichtet haben.
5. Es ist Deutschland ganz unmöglich, sogleich eine Billion Mark zu zahlen.

In der Note wird ferner auf die Bestimmung des Friedensvertrags

### Der deutsche Sieg in Oberösterreich.

Mit dem Sieg, der in Oberösterreich durch Ausbringung einer großen deutschen Mehrheit erdrienen worden ist, kann man die Sache leider noch nicht als abgeklungen bezeichnen. Die Grenzregulierung nach dem Pariser Verträge einer Kommission von sieben Männern überlassen, für die die Volksabstimmung ein Fingerzeig sein soll.

Wie die Dinge liegen, werden die Polen und Franzosen den Versuch machen, eine Zerstückung Oberösterreichs durchzuführen, um die Distrikte zu erlangen, wo sich in irgend einer Weise eine polnische Mehrheit herausrechnen läßt. Die Zerstückung eines solchen wirtschaftlichen Einheitsgebietes, wie es Oberösterreich ist, würde allerdings allerlei ökonomische Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten mit sich bringen, aber wozu sich die Polen daran, sie, die von einer geordneten Wirtschaft keine blasse Ahnung haben? Es wäre tragisch, wenn die Kommission der Allianz den Fehler, der in der Zerstückung Oberösterreichs gemacht wurde, in Oberösterreich wieder hätte aber anschlössen ist es nicht.

Sie aber kann den Deutschen nicht genommene werden. Wie auch die Kommission für den Augenblick entscheiden mag, das oberösterreichische Volk hat sich in der Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen, und das gibt den Deutschen Recht und Siedel, Recht vor Gott und Menschen, das Gebiet für sich zu beanspruchen, auch wenn es ihnen jetzt teilweise vorerhalten bleiben sollte. Das ist für die Zukunft außerordentlich wertvoll, wie sich auch die Entente-Kommission an dem Willen des Volkes verachtern mag. Dieser wird sich, wenn nicht jetzt, dann künftig durchsetzen.

Es ist übrigens fraglich, ob England und Frankreich sich nach dem Ausfall der Abstimmung für eine Zerstückung des Gebiets bereit finden lassen werden. Frankreich und Polen mögen da gegen Hindernisse anrennen.

### Dr. Uhrich erhält Nominatation

Am 22. März wurde Dr. A. W. Uhrich von Hague auf der liberalen Versammlung in Kofshern einstimmig zum liberalen Kandidaten für das Provinzial-Parlament nominiert. Ungefähr 300 Personen waren bei der Versammlung zugegen. Thomas Tunnels von Kofshern führte den Vorsitz. Neben wurden gehalten von Herrn W. B. Walsh, dem gegenwärtigen Abgeordneten für den Wahlkreis Kofshern, und von dem Richter Herrn S. Matta, Minister für Straßenbau. Herr Gerhard Eng, der ehemalige Abgeordnete für den Kofshern Distrikt, nominierte Dr. Uhrich und die ganze Versammlung nahm seinen Vorschlag einstimmig an. Ebenfalls einstimmig angenommen wurden Beschlüsse, welche der liberalen Regierung unter Premier Martin das Vertrauen der Versammlung ausdrückten, besonders in bezug auf ihre Arbeiten für den Weizen-Pool (wheat pool).

Wir freuen uns über das Vertrauen, das der Wahlkreis Kofshern Herrn Dr. Uhrich entgegenbringt und sind überzeugt, daß dieses Vertrauen voll und gerechtigt ist.

### Vereinigte Staaten

**Washington.** Die amerikanische Regierung eröffnete den Gesetzgebungsbehörden in Rußland, daß eine Erneuerung des Handels zwischen den beiden Ländern erst nach grundlegenden Änderungen des wirtschaftlichen Systems der Sowjet-Regierung in Erwägung gezogen werden kann. Unter den Änderungen, welche eine Rolle von Schiedsrichtern als notwendig für den Beginn des Handels zwischen den beiden Ländern darlegt, sind Sicherheiten des Menschenlebens, Garantie von Eigentumsrechten, freie Arbeit und Abhaltung vor der Willkür von Verträgen. Die Mitteilung sagt bei, daß überzeugende Beweise einer Erfüllung dieser Bedingungen geliefert werden müssen, bevor die Regierung sich auch nur auf eine Abklärung dieser Angelegenheit einlassen kann.

**St. Louis, Mo., 30. März.** Die von Farmern in Homme and Rippe County für Deutschland gestiftet und nach Scotland, S. D., gebracht worden waren, von der die Reue antraten sollten, wurden während der Nacht von unbekannten Personen aus dem dortigen Bisthofe gestohlen. Viele der Reue kehrten nach den Farmen von denen sie gekommen waren zurück. Die übrigen haben sich verlaufen. Die Behörden wissen nicht, wer den gemeinen Streich verübt hat, aber es ist die Vermutung ausgeprochen worden, daß Kriegsveteranen des Streich verübt haben.

**Minneapolis.** Der deutsche Unterricht hat, wie in der letzten Sitzung der Schulbehörde von Minneapolis beschlossen wurde, nach einer Unterbrechung von drei Jahren jetzt wiederum seinen Eingang in die öffentlichen Schulen der Stadt gefunden. Von seinem Wiedereintritt in die Schulbehörde wurde irgendetwas erwartet, als der Antrag für die Wiedereinführung des deutschen Unterrichts gestellt wurde. Einer der Mitglieder wird an einer kürzlich ausgegebenen Bericht des Staatsbüros für Erziehung in Washington hin, in welchem die Unterhaltung des deutschen Unterrichts als notwendig für internationale Beziehungen und ausländische Handel und Verkehr bezeichnet wurde, Herr W. B. Zodian, Superintendent der Minneapolis Schulen, wies in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß die Minnesota Universität seit geraumer Zeit auf die Wiedereinführung des deutschen Unterrichts in den Hochschulen der Stadt dränge, damit es nicht notwendig sei, spezielle Klassen in Anstalten des deutschen Unterrichts in der Universität zu errichten. Die Schulbehörde beschloß schließlich einstimmig, in allen Hochschulen der Stadt den deutschen Unterricht einzuführen, vorausgesetzt, daß sich eine genügende Zahl von Schülern beziehungsweise Schülerinnen findet.

**Columbus, O., Abgeordneter** Richard H. Hawkins von Cuyahoga County, welcher die Vorlage in Bezug auf die Inspektion von Klammern eingereicht hatte, erwidert vor dem Hauskomitee für Wohltätigkeits-Institute, um darauf zu drängen, daß keine Vorlage empfohlen werden sollte. Wie verlautet, wird Hawkins weitere Vorlagen vorbereiten, in welchen Angriffe auf die katholische Kirche gemacht werden.